

Der Vollzugsdienst

2/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Glückwunsch an Dr. Katarina Barley zu ihrem Amt als Bundesministerin für Justiz

Der BSBD freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit

Seite 2

Peter Strobel übernimmt das Justizministerium im Saarland von Stephan Toscani

Feierliche Übergabe der Amtsgeschäfte

Seite 66

Sachsen-Anhalt sucht Nachwuchs für den Justizvollzug

Arbeitsplatz Knast – Land wirbt mit einer Kampagne um Anwärter

Seite 74



Das Ende des modernen Strafvollzuges?

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe



Baden-Württemberg



Brandenburg



Sachsen

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Das Ende des modernen Strafvollzuges ?
- 2 Herzlichen Glückwunsch Frau Bundesministerin Dr. Katarina Barley
- 2 Länderverbände des BSBD tagten in Prien am Chiemsee
- 4 Der Koalitionsvertrag aus seniorenpolitischer Sicht
- 4 Europa wächst zusammen – Themenland Slowakei
- 5 „Licht an – Ton ab – Kamera läuft! Gewerkschafter üben Umgang mit den Medien

LANDESVERBÄNDE

- 6 Baden-Württemberg
- 18 Bayern
- 19 Berlin
- 24 Brandenburg
- 27 Bremen
- 29 Hamburg
- 32 Hessen
- 40 Mecklenburg-Vorpommern
- 44 Niedersachsen
- 50 Nordrhein-Westfalen
- 64 Rheinland-Pfalz
- 66 Saarland
- 71 Sachsen
- 74 Sachsen-Anhalt
- 77 Schleswig-Holstein
- 80 Thüringen

FACHTEIL

- 86 Begriffmerkmal der „Plötzlichkeit“ im Dienstunfallrecht



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	N. N.	
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 3/2018:



12. Juni 2018



In angenehmer Atmosphäre widmeten sich die Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Laufbahnen des Vollzuges der kritischen Bestandsaufnahme des bislang Erreichten. Fotos (3): BSBD-Archiv

Landesausschuss tagte in Hagen

Aktuelle Herausforderungen des Vollzuges diskutiert

Radikalisierte Gefangene stellen den Vollzug vor große Probleme

Am 15. März 2018 trat der Landesausschuss des BSBD in Hagen zu seiner periodischen Arbeitssitzung zusammen, um die aktuellen Probleme des Vollzuges zu beraten und gewerkschaftliche Positionen zu diesen Fragestellungen zu entwickeln. Landesvorsitzender Peter Brock zeigte sich über die fast vollständige Anwesenheit aller Fachgruppenvertreter sehr erfreut. Den Ausschussmitgliedern wurde ausgiebig Gelegenheit eingeräumt, die spezifischen Anliegen und Themenschwerpunkte der einzelnen Laufbahnen des Vollzuges darzustellen, um die Zielrichtung ihrer Arbeit mit der Landesleitung abzustimmen. BSBD-Chef Peter Brock machte klar, dass der Landesausschuss unverzichtbar für die Basisorientierung und Feinjustierung der BSBD-Gewerkschaftsarbeit sei. Die Mandatsträger beschäftigte besonders der sprunghafte Anstieg der Belegung der nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen, der hohe Stand von Mehrarbeit und der ins Folgejahr übertragene Urlaub sowie die Zunahme von Übergriffen auf Kolleginnen und Kollegen.

BSBD-Chef Peter Brock kritisierte, dass die Belegung der Einrichtungen des geschlossenen Erwachsenenvollzuges die Grenze der Vollausslastung in vielen Einrichtungen erheblich überschreite. Lege man die Vollausslastung mit regelmäßig 90 Prozent der verfügbaren Kontingente zugrunde, dann sei die Überbelegung bereits ein flächendeckendes Problem. Die Schließung von Einrichtungen und der Wegfall der JVA Büren hätten in ihren Auswirkungen auf die Belegung noch nicht ausgeglichen werden können. Ein zusätzliches Problem stellten die relativ jungen Einrichtungen dar, die derartige Baumängel auswiesen, dass zusätzliche Kapazitätseinschränkungen erwartbar seien. „Gegenwärtig“, so der Gewerkschafter, „können wir den gesetzlichen Anspruch auf Einzelunterbringungen nicht durchgehend gewährleisten, sondern sind auf den guten Willen von Gefangenen, die eine gemeinschaftliche Unterbringung beantragen, angewiesen.“

Schwarz-Gelb strebt pragmatische Lösungen für den Vollzug an

Nach dem Regierungswechsel im vergangenen Jahr wird nach Auffassung von Peter Brock anders mit dem Thema



BSBD-Chef Peter Brock konnte mit Genugtuung davon berichten, dass sich unter neuer Leitung mehr und mehr die Erkenntnis Bahn bricht, dass der Strafvollzug ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsarchitektur des Landes ist.

umgegangen. Während die rot-grüne Landesregierung das Belegungsproblem durch die Vermischung der Belegungszahlen von Jugend- sowie geschlossenen und offenen Erwachsenenvollzug zu bestreiten versuchte, ist jetzt bei Schwarz-Gelb ein anderer Um-

gang mit dem Problem zu spüren. „Wir stellen fest, dass konstruktiver mit der Herausforderung umgegangen und an Problemlösungen gearbeitet wird. Als Beispiel mag insoweit die JVA Münster dienen. Was zu einer zeitlichen Hängepartie zu verkommen drohte, ist nach dem Wechsel der Regierung schnell auf einen guten Weg gebracht worden. Ein Grundstück ist am südlichen Stadtrand angekauft worden. Das erforderliche Baurecht wird derzeit geschaffen, so dass in absehbarer Zeit mit der Errichtung der Ersatzanstalt für die JVA Münster zu rechnen ist“, skizzierte Peter Brock den nunmehr pragmatischen, lösungsorientierten Umgang mit den Vollzugsproblemen.

Der BSBD-Chef gab zudem seiner Hoffnung Ausdruck, dass das Beispiel Münster die künftige Linie der Zusammenarbeit vorgebe. Das vormalige Negieren von Schwierigkeiten, habe dazu geführt, alle Kapazitätsprobleme auf die Rücken der Kolleginnen und Kollegen abzuladen. Denn wer ein Problem ignoriere, könne nicht an dessen Lösung arbeiten. Hier habe mit Peter Biesenbach, dem neuen Justizminister, eine neue Herangehensweise Einzug gehalten, die sich zielgerichtete Pro-

blemlösungen zum Ziel setze. „Es bleibt zu hoffen, dass der neue Minister diese Linie beibehält. Wir sind in dieser Hinsicht optimistisch, weil sich auch im Personalbereich konstruktive Lösungen abzeichnen“, stellte **Peter Brock** klar.

Justizminister will Personallücke des Vollzuges schließen

Bislang galten Investitionen in die personelle Ausstattung als sakrosankt. Der neoliberale Zeitgeist hatte fast alle politischen Richtungen erfasst, bis zunehmende Negativ-Entwicklungen langsam zu einem Umdenken führten. Trotzdem ist die neue Sichtweise des Justizministeriums, die nach dem Regierungswechsel eingetreten ist, schon überraschend. Nicht nur, dass mit dem laufenden Haushalt erstmals in diesem Umfang 215 neue Stellen geschaffen werden, sondern die erklärte Absicht, mittelfristig die Personallücke gänzlich schließen zu wollen, ist eine positive Überraschung, die nicht hoch genug gewürdigt werden kann.

Der **BSBD** hat die Personallücke allein in der zahlenmäßig größten Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes auf 1.000 Stellen errechnet und beziffert. Diese Lücke innerhalb eines Fünf-Jahres-Zeitraumes zu schließen, würde den Vollzug zunächst einmal angemessen personell ausstatten. **BSBD-Chef Peter Brock** stellte hierzu klar, dass er erstmals seit langer Zeit nicht mehr das Gefühl habe, in der Personalfrage gegen Windmühlen zu kämpfen.

Belastung hat sich auf hohem Niveau stabilisiert

Wie hoch die Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen mittlerweile geworden sind, lässt sich am Stand der Überstunden und der krankheitsbedingten Ausfallquote ablesen. Im Jahr 2017

sind insgesamt rund 576.000 Mehrarbeitsstunden angefallen, von denen ca. 154.000 Stunden durch finanzielle Abgeltung ausgeglichen wurden. Mit rd. 422.000 Stunden bewegt sich die Mehrarbeit trotzdem weiterhin auf einem hohen Niveau. Alarmierend ist zudem der Krankenstand, der mit 11,5 Prozent darauf hindeutet, dass das Personal an der Grenze der Belastbarkeit arbeitet. Dies wird auch dadurch belegt, dass



Hin und wieder mussten sich die Gewerkschafter auch einmal die Beine vertreten.

rd. 662.000 Stunden Erholungsurlaub nicht abgegolten, sondern ins Folgejahr übertragen werden mussten. Diese auf Dauer unhaltbare Situation soll durch die Bereitstellung zusätzlicher Personalstellen mittelfristig gebessert werden. Ein „Befreiungsschlag“, der von der Sache her wünschenswert wäre, ist allein deshalb nicht möglich, weil der Vollzug gar nicht über die in diesem Fall erforderlichen Ausbildungskapazitäten verfügt. Deshalb kann die Belastung nur auf längere Sicht reduziert werden.

Und noch ein weiteres Problem tut sich auf, nämlich jenes der Personalgewinnung. Je nach Regionalbereich tun sich die Vollzugseinrichtungen zunehmend schwer, geeignete Nachwuchskräfte für ein Engagement im Strafvollzug zu interessieren.

In diesem Bereich werden verstärkte Anstrengungen erforderlich werden, um die vorhandenen Stellen angemessen besetzen zu können. Denn nur be-

setzte Stellen führen letztlich zu einer Entlastung des Personals.

Dabei dürfen objektiv vorhandene Risiken nicht übersehen werden, die sich aus der ethnischen Zusammensetzung der Gefangenenpopulation ergeben.

Denn wenn beispielsweise Gefangene muslimischen Glaubens Weisungen von weiblichen Bediensteten nicht oder nur zögerlich nachkommen sollten, würden zwangsläufig zusätzliche Personalbindungen entstehen.

Risiken der künftigen Gestaltung des Vollzuges nicht übersehen

Sorge bereitet den Fachschaftsvertretern die hohe Anzahl von Übergriffen auf Kolleginnen und Kollegen. Bei zunehmender Gefährdung des Personals im beruflichen Alltag bestehe die latente Gefahr, zusätzliches Personal im unmittelbaren Umgang mit Gefangenen einsetzen zu müssen.

Eine solche Entwicklung muss unbedingt verhindert werden, weil der künftige Personalzuwachs sonst nicht zu einer Entlastung, sondern lediglich zur Verhinderung einer noch größeren Belastung führen würde. Die Tagungsteilnehmer berichteten von zunehmenden Schwierigkeiten mit radikalisierten Gefangenen, die sehr stark patriarchalisch geprägten Gesellschaften entstammten



Wenn religiöse Überzeugungen mehr und mehr verhaltensbestimmend werden, dann bedeutet dies auch für den Strafvollzug eine immense Herausforderung. Foto: Elnur Amikishiyev/Fotolia.de

und die speziell im Umgang mit Frauen konfrontative Verhaltenszüge zeigten.

Gerade diese Personengruppe, so sie denn über ein dauerhaftes Bleiberecht verfügt, sollte nach Einschätzung der Gewerkschaftsvertreter nachhaltig zu Verhaltensänderungen befähigt werden, damit ein weitgehend konfliktfreies Zusammenleben möglich wird. Dieses erstrebenswerte Ziel zu erreichen, ist große Anstrengungen wert.

Trotzdem wird es nicht leicht zu erreichen sein, weil überkommene patriarchalische Strukturen vielfach mit religiösen Vorstellungen und Überzeugungen eine unheilvolle Symbiose eingegangen sind. Und einen Menschen der glaubt, sein Verhalten beruhe auf religiösen Pflichten, zu einer Anpassung seines Verhaltens an unsere gesellschaftlichen Wertvorstellungen zu veranlassen, ist eine beachtliche Herausforderung und bedarf nachhaltiger Überzeugungsarbeit.

Entschlackung des Strafvollzugsrechts ist geboten

Das Strafvollzugsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen ist noch nicht allzu lange in Kraft, da ist es geboten, nur sehr zurückhaltend Modifikationen ins

Auge zu fassen. Schließlich ist der Strafvollzug auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen, die nicht nach jedem Regierungswechsel zur Disposition gestellt werden.

Bürokratische Dokumentationspflichten binden viel Arbeitskraft

In einigen Bereichen besteht allerdings akuter Handlungsbedarf. Dies betrifft besonders die bürokratischen Dokumentationspflichten, die viel Arbeitskraft binden. Es ist daher zu begrüßen, dass sich die neue Landesregierung den Abbau bürokratischen Pflichten zum Ziel gesetzt hat. So ist die gesetzliche Regelung, für alle Strafgefangene – also auch für solche, die lediglich Ersatzfreiheitsstrafen verbüßen – einen Vollzugsplan und Schlussberichte erstellen zu müssen, kontraproduktiv und mit hohem Personalaufwand verbunden.

Eine aufwändige und sinnvoll dokumentierte Vollzugsplanung bei Ersatzfreiheitsstrafen und bei Inhaftierten mit einer Vollzugsdauer von unter sechs Monaten ist fragwürdig. Deshalb hatte der **BSBD** bereits bei der Anhörung zum Gesetzentwurf auf einen entsprechenden Verzicht auf diese Dokumentationen gedrungen.

Schließlich, so die **BSBD**-Einlassung, werde die hierfür benötigte Arbeitskraft besser in die Betreuung und Behandlung der Gefangenen investiert.

Trotz der Schuldenbremse beim Strafvollzug finanziell Prioritäten zu setzen, dokumentiert den ernstesten Willen der **schwarz-gelben** Landesregierung Fehlentwicklungen der Vergangenheit beenden zu wollen. Die beabsichtigte Entbürokratisierung der Vollzugsgesetze ist da nur ein Beispiel für diesen veränderten politischen Willen. **BSBD**-Vorsitzender **Peter Brock** stellte klar: „Wenn die Gesellschaft durch eine verstärkte Behandlungsorientierung des Strafvollzuges und die Veränderung des Verhaltens bei problematischen Gefangenen Gruppen sicherer gemacht werden soll, dann ist die neue Landesregierung gut beraten, den jetzt eingeschlagenen Weg konsequent fortzuführen und nicht auf halbem Wege stehenbleiben.“

Zum Ende der Tagung bedankte sich der Vorsitzende bei allen Teilnehmern für die sehr intensiv und konstruktiv geführten Diskussionen. Er machte klar, dass die **BSBD**-Landesleitung sich weiter verstärkt um Basisnähe und vertrauensvolle Offenheit im Meinungsaustausch bemühen werde.

Kriminalitätsbekämpfung:

Landesregierung will Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger stärken

Spezialstaatsanwalt zur Bekämpfung der Abzocke von Senioren eingesetzt

Mit der unkontrollierten Zuwanderung nach Deutschland ist das bislang wohlige Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger stark beeinträchtigt worden. Vor Jahresfrist führte diese Analyse dazu, dass Armin Laschet das Image der CDU als einstige Law-and-Order-Partei wiederbelebte und Wolfgang Bosbach, der diese Position glaubhaft vertreten konnte, in sein Wahlkampfteam berief. Die Strategie ging auf. Auf den letzten Metern vor der Landtagswahl zog die CDU an der bis dahin führenden SPD vorbei und gewann. Da die FDP unter ihrem Chef Christian Lindner ebenfalls beeindruckend performte, reichte es zum Regierungswechsel. Jetzt steht die Landesregierung allerdings in der Pflicht, ihren vollmundigen Ankündigungen Taten folgen zu lassen. Und sie ist dabei zu liefern.

Laschet forderte im Wahlkampf, No-go-Areas nicht länger zu dulden, er postulierte Nulltoleranz als künftige Polizeistrategie, er sagte der zunehmenden Gewaltkriminalität den Kampf an und er kritisierte, dass kriminelle Ausländer nicht rigoros abgeschoben werden. Dieses Politikangebot erhielt mit **Wolfgang Bosbach** ein glaubwürdiges Gesicht, das viele potentielle Protestwähler davon abhielt, bei der **AfD** ihr Kreuz zu machen.



Um die Opfer unter Druck zu setzen, werden die Drohanrufe meist von Call-Centern aus geführt. Persönliche Kontakte werden auf das unumgänglich notwendige Maße begrenzt.



Peter Biesenbach, Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, setzt Spezialstaatsanwalt zur Bekämpfung der Abzocke von Senioren ein.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten eine schnelle Behebung der Sicherheitsprobleme

Der neuen Landesregierung ist offensichtlich bewusst, dass sie die Bedürfnisse und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger gerade in diesem Punkt nicht enttäuschen darf, will sie deren Zustimmung und Unterstützung nicht gefährden. Deshalb ist auch schnelles Handeln geboten, damit sich das Gefühl zunehmenden Sicherheitsschwundes nicht verfestigt.

Und die Landesregierung hat gehandelt. Polizei und Strafvollzug wurden bereits personell verstärkt. Bezüglich des Strafvollzuges hat Justizminister **Peter Biesenbach** bekundet, diesen während der kommenden Jahre aufgabenangemessen ausstatten zu wollen.

Von all diesen bislang getroffenen Maßnahmen wird die gefühlte Sicherheit aber erst profitieren können, wenn die neuen Kräfte ausgebildet und einsatzbereit sind. Deshalb ist es für die Landesregierung wichtig, auch solche Maßnahmen zu ergreifen, die sofort spürbare Wirkung entfalten. Eine dieser Maßnahmen ist die Schaffung eines

Spezialstaatsanwaltes. Damit geht die Justiz in Nordrhein-Westfalen künftig gegen Betrüger vor, die gutgläubige Senioren um Geld und Wertsachen bringen. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf erhält dafür eine zusätzliche Stelle mit landesweiter Zuständigkeit. NRW-Justizminister **Peter Biesenbach (CDU)** will auf diese Weise den Teil der organisierten Kriminalität bekämpfen, der sich auf die Abzocke älterer Menschen spezialisiert hat.

Erfundene Bedrohungsszenarien

Dabei geht es um solche Fälle, in denen sich Kriminelle als falsche Polizisten oder vermeintliche Amtsträger ausgeben, um Senioren am Telefon dazu zu bewegen, ihnen Schmuck und Wertgegenstände zu übergeben, weil diese vor vermeintlichen Dieben in Sicherheit gebracht werden sollen. In anderen Fällen erfinden die Täter Bedrohungsszenarien, in dem sie die drohende Vollstreckung von Straf- oder Haftbefehlen oder eine bevorstehende Zwangsvollstreckung behaupten, die seitens der Opfer nur durch Zahlung einer großen Geldsumme abgewendet werden könnten. Mit Hilfe technischer Tricks tauchen die Anrufer auf dem Telefondisplay eines Opfers oft sogar mit der Notrufnummer 110 auf, was vielfach bewirkt, dass aufkommendes Misstrauen im Keim erstickt wird.

Die Dimension dieses Teils der organisierten Kriminalität ist beachtlich

Im vergangenen Jahr ist die Zahl dieser Fälle nach Auskunft des Landeskriminalamtes drastisch auf 11.700 gestiegen.

Hinzu kamen 3.000 Fälle von »Enkeltricks«, bei denen sich Anrufer als Verwandte vorstellten, die in angeblich großer finanzieller Not auf Hilfe durch die Oma hofften.

Neben der Staatsanwaltschaft Aachen erhält jetzt auch die Bielefelder

Staatsanwaltschaft ein Sonderdezernat für Strafsachen gegen Senioren. Es geht darum Kenntnisse, Erfahrungen und Kompetenzen besser zu bündeln.

Der neu geschaffene Spezialstaatsanwalt soll sich hingegen nicht nur um falsche Polizisten, vermeintliche Amtsträger und angebliche Enkel kümmern. Ein Sprecher des Justizministeriums teilte hierzu mit, dass er vor allem bei den älteren Menschen Berührungssängste abbauen, Aufklärung betreiben und die konkreten Ermittlungsansätze und -maßnahmen von Polizei und Staatsanwaltschaft erläutern und erklären solle. Das Ziel müsse sein, dass Senioren bald so aufgeklärt und gewarnt sind, dass sie auf falsche Polizisten nicht mehr hereinfallen. Ist es aber doch einmal passiert, dann seien die Strafverfolgungsbehörden, so der Ministeriumssprecher, auf schnelle Informationen angewiesen. Viele gutgläubige Opfer schämten sich für ihre Naivität und



Senioren sollen künftig vor skrupelloser Abzocke besser geschützt werden.

zeigten Straftaten nur zögerlich an. Hierzu hat Minister **Biesenbach** eine ganz klare Meinung: „Opfer von Straftaten sollten sich niemals schämen. Schämen sollten sich jene, die ältere Menschen zu Opfern machen!“

Friedhelm Sanker

Besuchen Sie uns im Internet   www.bsbd-nrw.de
 Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands - Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.



Quelle: ©foto-und-mehr/fotolia.de

Volker Strohmeier, ehemaliger Leiter der Abschiebehaftanstalt Büren, verstorben

Am 12. März 2018 starb Regierungsdirektor a. D. Volker Strohmeier nach langer, schwerer Krankheit. Zu Beginn der 1970er Jahre trat der gelernte Bankkaufmann in den Dienst des Strafvollzuges. Es war eine bewegte Zeit, der Vollzug befand sich im Umbruch und stand unmittelbar vor seiner erstmaligen gesetzlichen Ausgestaltung. Nach erfolgreichem Abschluss seines Fachhochschulstudiums war Volker Strohmeier langjährig bei der JVA Bielefeld-Senne als Diplom-Verwaltungswirt tätig, bevor er Ende der 1990er Jahre als Verwaltungsleiter an die Abschiebehaftanstalt Büren wechselte. Im Jahre 2003 wurde ihm durch den Justizminister des Landes NRW die Leitung dieser Einrichtung übertragen, die er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand wahrnahm. Bei all seinen Wirkungsstätten hat Volker Strohmeier mit seiner hohen fachlichen Kompetenz und Gestaltungskraft bleibende Eindrücke hinterlassen. Bei der JVA Bielefeld-Senne war er zunächst als Vollzugsabteilungsleiter eingesetzt, bevor er in die Personalverwaltung wechselte und sich dort zu einem anerkannten Experten entwickelte. Hier agierte der Verstorbene mit klaren Vorstellungen zur dienstlichen Verwendung des Personals. Er legte stets großen Wert darauf, den Betroffenen getroffene Entscheidungen nachvollziehbar und einsichtig zu machen. Seine Fähigkeit zur Empathie, seine zugewandte, verständnisvolle Kommunikation schufen jeweils die Grundlage dafür, dass Vertrauen wachsen konnte. Von seinen Kolleginnen und Kollegen wurden diese Eigenschaften in besonderer Weise geschätzt. Nach seinem Aufstieg in die Funktion des Anstaltsleiters war ihm die humane Ausgestaltung der Abschiebehaft ein erkennbar persönliches Anliegen. Unter seiner Ägi-

de veränderte die Bürener Einrichtung ihr Gesicht. Vorgenommene Umbauten dienten der Liberalisierung der Abschiebehaft. Trotz des Entzugs der Freiheit sollte sie möglichst wenig restriktiv, freundlich und mitfühlend sein. In dieser Hinsicht hat Volker Strohmeier Maßstäbe gesetzt. Für die Gewerkschaft Strafvollzug engagierte sich Volker Strohmeier auf Anregung seines Alter Ego Wilhelm Bokermann, dem vormaligen Vorsitzenden des BSBD-Landesverbandes. In die Gewerkschaftsarbeit brachte er seine spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten ein und fungierte lange Jahre als Kassenprüfer. In dieser Funktion hatte er ein wachsames Auge auf die wirtschaftliche Verwendung der Gewerkschaftsfinanzen. In allen dienstlichen und gewerkschaftlichen Funktionen war Volker Strohmeier ein nahbarer Mensch, dem Pflichtbewusstsein und das Aufgehen in einer beruflichen Aufgabe alles waren. Seine sympathische Erscheinung, seine Fähigkeit zu geselliger Gemeinsamkeit nahmen besonders für ihn ein. Tief betroffen und menschlich berührt trauern wir mit Volker Strohmeiers Angehörigen um einen hochgeschätzten Kollegen, der stets mit Rat und Tat zur Stelle war, wenn sein Wissen und Können benötigt wurde. Die Gewerkschaftsfamilie trauert um einen liebevollen Ehemann und Vater, einen verständnisvollen, hilfsbereiten Menschen, der vielen von uns freundschaftlich verbunden war. Volker Strohmeier wurde 70 Jahre alt. Er hinterlässt seine Ehefrau und zwei erwachsene Kinder. Wir werden Volker Strohmeier in guter Erinnerung behalten und ihm ein uns allzeit verpflichtendes Andenken bewahren.

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Peter Brock
Landesvorsitzender

Ortsverband Bielefeld-Oberems

Ulrich Biermann
Vorsitzender

Polizeipräsidium Koblenz:

Handschlagverweigerung ist ein Dienstvergehen

Gleichberechtigung der Frau hat Vorrang

Nachdem im öffentlichen Dienst verstärkt Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund eingestellt werden, ergeben sich im arbeitstäglichen Miteinander mitunter Umgangsformen und Verhaltensweisen, die angesichts einer unterschiedlichen kulturellen Sozialisation zwar verständlich, gleichwohl aber nicht akzeptabel sind. Dem Koblenzer Fall lag zugrunde, dass ein muslimischer Polizist anlässlich seiner Beförderungsfest einer Kollegin, die ihm gratulieren wollte, den Handschlag verweigerte.

Das Polizeipräsidium Koblenz hat in einer Presseerklärung hierzu mitgeteilt, dass nach dem Bekanntwerden des Falles zunächst die Entfernung des Betroffenen aus dem Dienst geprüft worden sei.

Diese im Rahmen eines eingeleiteten Disziplinarverfahrens vorgenommene Prüfung hatte zum Ergebnis, dass eine Entfernung aus dem Dienst juristisch nur haltbar sei, wenn der bislang weder straf- noch disziplinarrechtlich auffällige Lebenszeitbeamte an seiner der Gleichberechtigung von Mann und Frau zuwiderlaufenden Haltung festhalte. Stattdessen wurde dem Beamten eine schriftliche Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, mit der er ein Bekenntnis zur Verfassungstreue ablegen musste. In der Erklärung verpflichtet sich der Polizist, „als Repräsentant der rheinland-pfälzischen Polizei Frauen ohne Ausnahme und ohne Vorbehalte als gleichberechtigt“ anzusehen. Während der Ausübung seines Dienstes darf er „zukünftig allen Frauen als Zeichen der Achtung und in Anerkennung ihrer Gleichberechtigung einen Handschlag nicht verweigern“. Im Rahmen des Disziplinarverfahrens wurde der Polizist zudem mit einer Geldbuße von

1.000 Euro belegt. Bei einem erneuten Verstoß gegen seine Dienst- und Treuepflichten, so das Polizeipräsidium Koblenz, habe der Betroffene mit der Entfernung aus dem Dienst zu rechnen.

Die mit diesem Disziplinarverfahren erfolgte Klarstellung ist zu begrüßen. Das dienstliche Miteinander am jeweiligen Arbeitsplatz muss auf Kollegialität

und wechselseitigem Respekt gründen und beruhen, um einen Umgang auf Augenhöhe zu ermöglichen. Erst eine solche Form der Zusammenarbeit schafft die Basis dafür, dass die dienstlichen Aufgaben ohne Reibungsverluste und möglichst effizient für unsere Gesellschaft wahrgenommen werden können. *Friedhelm Sanker*



Foto: Gerhard Seybert/Fotolia.com

Sozialdienst:

Arbeits- und Besoldungsbedingungen verbesserungsbedürftig

Bürokratische Strukturen zurückdrängen

Meist marschiert der Sozialdienst hinsichtlich der Besoldung mit dem gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst im Gleichschritt. Leider ist hier in den zurückliegenden Jahren der Sozialdienst etwas aus dem Tritt und bei der Übertragung von Führungsverantwortung ins Hintertreffen geraten. Insoweit hat die Justiz vorrangig auf die Generalisten der Verwaltung zurückgegriffen. Damit diese Entwicklung nicht zu dauerhaften Benachteiligungen führt und die originären Leistungen der Laufbahnangehörigen in Zukunft angemessen wertgeschätzt und finanziell honoriert werden, hat sich der BSBD zum Ziel gesetzt, die spezifischen Interessen dieser Laufbahn verstärkt in den Blick zu nehmen.

Unter der Leitung von **Stephan Unland** (JVA Köln) hat sich zwischenzeitlich ein Arbeitskreis konstituiert, der sich eine Bestandsaufnahme der konkreten Arbeitsbedingungen sowie der Besoldungs- und Laufbahnstrukturen im Vergleich mit den Verhältnissen in anderen Bundesländern zum Ziel gesetzt hat. Damit soll eine aussagekräftige Daten- und Faktenbasis geschaffen werden, um die spezifischen Interessen der

Laufbahn sachgerecht und faktenbasiert vertreten zu können.

Laufbahn- und Besoldungsstruktur leistungsangemessen ausgestalten

Stephan Unland kann auf einen reichen beruflichen Erfahrungsschatz zurückgreifen, den er sich durch die dienstliche Verwendung in unterschiedlichen Bereichen des Vollzuges erworben hat. Bei der Erörterung des Stellenwertes des

Sozialdienstes innerhalb des Vollzuges konnte er berichten, dass seit der Föderalismusreform im Jahre 2006 zwar deutliche Unterschiede bei Besoldung und Beförderungen im Vergleich mit anderen Bundesländern festzustellen seien, dass NRW bei diesem Vergleich aber gar nicht so schlecht abschneide. Was man allerdings feststellen könne, sei eine negative Entwicklung bei der Übertragung von Führungsverantwortung

tung. In den zurückliegenden Jahren sind Vakanzen der Leitungsebene der Vollzugseinrichtungen vornehmlich mit Kräften des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes besetzt worden. Ein Rückgriff auf besondere Fachdienste erfolgte nicht, vermutlich war hierfür maßgebend, dass eine Reduzierung des Betreuungsverhältnisses befürchtet wurde. Dies kann jedoch nach Einschätzung des Arbeitskreises nicht dazu führen, dass dem Sozialdienst dauerhaft eine Weiterentwicklung der Laufbahn vorenthalten wird. Hier besteht für die Zukunft erheblicher Diskussions- und Erörterungsbedarf, um eine aussichtsreiche Strategie für die Verbesserung der aktuellen Verhältnisse zu erarbeiten.

Schwerpunkte der Sozialarbeit personell angemessen ausstatten

Breiten Raum in der Diskussion des Arbeitskreises nahm die Weiterentwicklung der Arbeitsschwerpunkte ein. Sucht-, Schuldner- und Familienberatung, soziale Gruppenarbeit sowie methodische Einzelfallhilfe werden nach den Erfahrungen der Arbeitskreismitglieder in den Vollzugseinrichtungen sehr unterschiedlich praktiziert. Eine Vielzahl verwaltungstechnischer Aufgaben und die in allen Anstalten unterschiedlich geregelte Übertragung fachfremder Aufgaben bewirken eine Personalbindung, die nicht mehr für die Arbeit mit den Gefangenen zur Verfügung steht. In vielen Fällen seien diese Aufgaben zudem auf ihre Notwendigkeit zu hinterfragen. Insgesamt müsse den originären Aufgaben der Sozialarbeit Priorität beigemessen werden.

So habe das neue Strafvollzugsgesetz viele Dokumentationspflichten eingeführt, ohne dass ein substanzieller Nutzen erkennbar sei. Es sei daher zu



Symbolfoto: BSBD-Archiv

Der fachliche Austausch ist die Basis einer erfolgreichen Betreuungsarbeit.

begrüßen, dass sich die neue Landesregierung den Abbau bürokratischer Dokumentationspflichten zum Ziel gesetzt habe. So sei die gesetzliche Regelung, für alle Strafgefangene – also auch für solche, die lediglich Ersatzfreiheitsstrafen verbüßen – einen Vollzugsplan und Schlussberichte erstellen zu müssen, kontraproduktiv und mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden.

Eine aufwändige und sinnvoll dokumentierte Vollzugsplanung bei Ersatzfreiheitsstrafen und bei Inhaftierten mit einer Vollzugsdauer von unter sechs Monaten ist fragwürdig. Der BSBD hat bereits bei der Anhörung zum Gesetzentwurf darauf verwiesen, dass die hierfür benötigte Arbeitskraft besser in die Betreuung und Behandlung der Gefangenen investiert werden sollte.

Betreuung psychisch auffälliger Inhaftierter qualitativ verbessern

In den letzten Jahren habe die Zahl psychisch auffälliger Inhaftierter in bedeutsamer Weise zugenommen, stellte

der Arbeitskreis fest. Diese Entwicklung führe zu erheblichen Belastungen und einer Beanspruchung von Ressourcen, die für andere Aufgaben nicht mehr verfügbar seien. Ursächlich für die psychischen Auffälligkeiten, so die Erfahrungen der Teilnehmer, sei oftmals der übermäßige Konsum von Drogen aller Art sowie eine größere Verwahrlosung in den Ursprungsfamilien.

Der Sozialdienst sollte auf den Umgang mit psychisch auffälligen Menschen besser vorbereitet und geschult werden. Der Justizvollzug, so die einheitliche Auffassung im Arbeitskreis, sollte regelmäßige Fortbildungen, aber auch Hospitationsmöglichkeiten in Psychiatrien vorhalten. Ein zusätzliches Problem seien Konflikte, die ihre Ursachen in kultureller Andersartigkeit und in sprachlichen Defiziten fänden. Das Land NRW hat für den Bereich Prävention und Integration ausländischer Inhaftierter zusätzliche Stellen geschaffen, die in den JVA 'en des Landes sinnvoll und gut eingesetzt werden könnten. Für die Arbeit mit psychisch auffälligen oder erkrankten Menschen bestehe jedoch ein Nachholbedarf. Dies gelte ausdrücklich auch für den Jugendarrestvollzug, weil dort nicht unmittelbar auf Psychologen oder Psychiater zurückgegriffen werden könne.

Einsatz von Kolleginnen während einer Schwangerschaft

Im Gegensatz zu früher ist hier ein sich verstärkender Trend zu beobachten, Schwangere – auch wenn noch kein gesetzliches Beschäftigungsverbot greift – sehr schnell aus dem Arbeitsprozess herauszunehmen. Hier greift die Fürsorgepflicht des Dienstherrn für das ungeborene Leben und da wird zwischenzeitlich sehr vorsichtig agiert. Dies gilt selbst dann, wenn die Betroffenen solch



Symbolfoto: sdecoret/Fotolia.de

Die Fülle der zu beachtenden Vorschriften bindet derzeit zu viel der verfügbaren Arbeitskraft.

eine Herausnahme gar nicht wünschen. Aus Gesprächen mit Betroffenen ist bekannt, dass sie sich manchmal wie ansteckend Erkrankte fühlen. Erschwerend komme hinzu, dass für die Zeiten der Herausnahme aus dem Arbeitsprozess, ohne dass ein gesetzliches Beschäftigungsverbot vorliegt, keine Ersatzstellungen erfolgen könnten. Hierdurch wird vielfach eine Arbeitsverdichtung für die restlichen Kolleginnen und Kollegen ausgelöst, die sich über viele Monate erstrecken kann.

Aus Sicht des Arbeitskreises wäre es wichtig und notwendig, einheitliche Verfahrensregelungen für den Umgang mit Schwangeren und deren dienstliche Verwendungsmöglichkeiten zu schaffen, um ein Stück Handlungssicherheit für alle Beteiligten zurückzugewinnen.

Es gibt auch im Vollzug Arbeiten ohne einen unmittelbaren Gefangenenkontakt, die von Schwangeren erledigt wer-



Unter der Leitung von Stephan Unland hat sich der Arbeitskreis Sozialarbeit konstituiert.

den könnten, um die restlichen Laufbahnangehörigen von administrativen Aufgaben zu entlasten. Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung müsste auch über Möglichkeiten der Heimarbeit diskutiert werden.

Wesentliche weitere Themen der Arbeitskreissitzung waren das Beurteilungssystem, das duale Studium der Sozialarbeit und die unzureichenden Aufstiegschancen von Tarifbeschäftigten. Hierzu liegt ein abschließendes Meinungsbild allerdings noch nicht vor. Der Arbeitskreis hat sich vorgenommen, diese Themenfelder weiter zu diskutieren und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, die den Bedürfnissen der Laufbahnangehörigen angemessen Rechnung tragen.

OV Münster:

Ehrungen und die Standortfrage standen im Mittelpunkt

Konzept für die Errichtung einer Ersatzanstalt erörtert

In seiner Eigenschaft als Ortsverbandsvorsitzender hatte Achim Hirtz zu einer Veranstaltung gebeten, die vorrangig einen gemeinschaftsstiftenden Charakter hatte, aber auch zur Unterrichtung der Kolleginnen und Kollegen genutzt wurde. Seitens des BSBD-Landesverbandes war dessen stellvertretender Vorsitzender Ulrich Biermann erschienen; für die den Ortsverband unterstützende BB-Bank nahm Frau Rekik an der Veranstaltung teil. In seinem Rückblick konnte Achim Hirtz auf zahlreiche gewerkschaftliche Aktivitäten im Zusammenhang mit der Errichtung einer Ersatzanstalt verweisen, die durchaus zu Verbesserungen und zur Planungssicherheit für die Kolleginnen und Kollegen geführt hätten.

Daneben bot die Veranstaltung den angemessenen Rahmen für die Ehrung langjähriger Mitglieder, die Achim Hirtz und Ulrich Biermann gemeinsam vornahmen. Die beiden Gewerkschafter betonten die besondere Bedeutung, die einer kontinuierlichen Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Strafvollzug zukomme. Viele gewerkschaftliche Ziele, die durch den BSBD in der Vergangenheit erreicht worden seien, hätten nicht im ersten Zugriff den Erfolg gebracht. In vielen Fällen habe jahrelang an Problemlösungen gearbeitet werden müssen. Letztlich habe diese Beharrlichkeit aber den Erfolg gebracht. Dafür, so Biermann, sei es aber auch erforderlich, dass die Gewerkschaftsmitglieder die Aktivitäten ihrer Interessenvertretung nachvollzögen und mittrügen. Und die Jubilare seien Personen, die mit ihrem Beispiel exemplarisch für diese Form der Gewerkschaftsarbeit stünden. Dafür gebühre ihnen großer Dank.

Achim Hirtz würdigte besonders den Kollegen Michael Quast, der leider nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnte, aber seit nunmehr 60 Jahren

dem BSBD die Treue hält. Die Verbundenheit, die durch diese Mitgliedschaft zum Ausdruck komme, könne nicht hoch genug wertgeschätzt werden, weil es Kollegen wie Michael Quast seien, auf die man zählen könne, wenn es um die Durchsetzung gemeinsamer Vorstellungen und Ziele gehe.

Nach der Ehrung der Jubilare stand eine Siegerehrung für ein Tipp-Kick-Turnier auf dem Programm, das der Ortsverband veranstaltet hatte und das durch die BB Bank unterstützt worden war. Frau Rekik von der BB Bank ließ es sich deshalb auch nicht nehmen, die Ehrung gemeinsam mit den stellv. Ortsverbandsvorsitzenden Andre Wienbrandt vorzunehmen.

Tipp-Kick wird zwischenzeitlich als anerkannter Turniersport betrieben und auch die Münsteraner Kolleginnen und Kollegen haben es mittlerweile zu einer gewissen Meisterschaft gebracht.

Der Sieger des Turniers, Markus Zitalau, war leider verhindert, und konnte den Siegerpreis nicht persönlich in Empfang nehmen. Über den 2. Platz konnten sich Achim Hirtz und Daniel



Konzeptstudie für die JVA Münster.

Quelle: BLB NRW



Eingerahmt von Achim Hirtz (li.) und dem stv. BSBD-Landesvorsitzenden Ulrich Biermann (re.) nahmen die Geehrten (von links) Robert Attermeyer (25 Jahre), Karl Kriens, Günter Sachmann (beide 40 Jahre) Norbert Lüdiger (25 Jahre) die Glückwünsche für ihre treue Verbundenheit zum BSBD entgegen.



Siegerehrung Tipp-Kick-Turnier v.l.n.r.: Stellv. Vors. OV Münster Andre Wienbrandt, 3. Sieger Pfr. Frank Ottofrickenstein, Frau Rekik von der BB Bank, Vertreterin unseres Kooperationspartners, 2. Sieger Achim Hirtz und Larissa Terbeck in Vertretung des ebenfalls zweitplatzierten Daniel Krümpelmann.

Krümpelmann freuen, für den Larissa Terbeck in Vertretung den Preis übernahm. Für den 3. Platz wurde Pfarrer Frank Ottofrickenstein ausgezeichnet. Dank seiner technisch überzeugenden Fertigkeiten war er bei dem Turnier nicht auf „höhere Mächte“ angewiesen.

Neubau der Justizvollzugsanstalt Münster

Der BLB NRW hat zwischenzeitlich eine Standortanalyse vorgenommen, die justizrelevante, regionalplanerische und Umweltaspekte umfasst. Dabei hat sich herausgestellt, dass ein im Kreuzungsbereich von Telgter und Freckenhorster Straße gelegenes 18 ha großes Areal für die Realisierung des Bauvorhabens bestens geeignet ist. Der BLB NRW hat folgerichtig) für das Land den Kaufvertrag unterschrieben und eine Bauvoranfrage gestellt. In die Standortsuche waren Bezirksregierung und die Stadt Münster eingebunden. Das BLB NRW hat zudem alle Flächen, die mit Tabu- und Restriktionskriterien belegt waren, von vornherein aussortiert. Deshalb ist nach Einschätzung des BLB NRW davon auszugehen, dass es nach objektiver Bewertung kein Kriterium gibt, das gegen die Errichtung der JVA an der geplanten Stelle spricht. Zwischenzeitlich sind auch die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Informationsveranstaltung über das Bauvorhaben unterrichtet worden. Grundsätzliche Kritik an der Standortwahl sowie Sicherheitsbedenken äußerten die Bürgerinnen und Bürger nicht. Sie beanstandeten lediglich den großen „Flächenfraß“, der durch die Errichtung einer Vollzugseinrichtung notwendig werde und regten an zu prüfen, ob nicht bereits versiegelte Flächen genutzt werden könnten. Dem Vernehmen nach soll sich eine Bürgerinitiative gegründet haben, die sich dem

Erhalt von Ackerland verschrieben hat und die die Nutzung bereits versiegelter Flächen für die Errichtung der Anstalt vorschlagen will. Achim Hirtz, der persönlich an der Veranstaltung teilnahm, freut sich über die Bürgerbeteiligung. Er ist sich aber ziemlich sicher, dass die Bürgerinitiative das Bauvorhaben nicht mehr wird aufhalten können. Gegen den in Aussicht genommenen Standort könnten eben keine Ausschlusskriterien vorgebracht werden. Jetzt ist die JVA Münster gefordert, unter aktiver Beteiligung und weitgehender Einbindung der Betroffenen ein schlüssiges Betriebskonzept für die Ersatzanstalt zu entwickeln, das anschließend als Grundlage für die Ausführungsplanungen des BLB NRW dienen soll.

OV Bielefeld-Oberems:

Zusammenhalt wird großgeschrieben

Aus dem aktiven Dienst ausgeschiedene Menschen entwickeln zum einstigen Ort ihres beruflichen Wirkens oftmals eine sinnliche Beziehung. Was früher als Stress und Belastung empfunden wurde, verklärt sich in der Rückschau und wird oftmals romantisierend auf wenige spektakuläre Ereignisse zurückgeführt. Dies können sowohl dienstliche Belange und Anlässe als auch Marotten und Persönlichkeitsmerkmale von ehemaligen Kolleginnen und Kollegen sein. Bei Pensionärstreffen können gemeinsame Erinnerungen diesen Prozess verstetigen und damit das Gemeinschaftsgefühl stärken. Zur Pflege dieses Zusammenhalts hatten BSBD-Ortsverband und die Pensionärsbetreuer Antonius Beermann und Hans Hovestadt Ende letzten Jahres eingeladen und viele waren diesem Ruf gefolgt.

Vorsitzender Ulrich Biermann konnte neben der großen Zahl von Ehemaligen auch die Leiterin der JVA Bielefeld-Senne, LRD'in Kerstin Höltkemeyer-Schwick, und deren Vertreter, RD Rolf Bahle, begrüßen. Gemeinsam mit der Anstaltsleiterin referierte Biermann über die aktuelle Lage des nordrhein-westfälischen Strafvollzuges. Die Leiterin stellte zudem die vollzugliche Ausrichtung der Einrichtung und deren

Ehrung für langjährige Gewerkschaftszugehörigkeit

60 Jahre

Michael Quast

40 Jahre

Karl Kriens, Manfred Möllmann, Günter Sachman, Norbert Höing, Karl-Heinz Busch, Hans-Dieter Feldhaus.

25 Jahre

Christel Billker, Martin Schumann, Silvia Heidemann, Maria Ostholt, Berthold Hamann, Johannes Feldmann, Robert Attermeyer, Stephan Hesel, Norbert Lüdiger, Michael Peter.

Eckdaten vor. Die Auslastung der Einrichtung habe sich auf einen Wert von 80 Prozent stabilisiert, während die Beschäftigungsquote unverändert hoch sei und aktuell einen Wert von über 90 Prozent erreiche.

Damit könne jedem arbeitspflichtigen und -fähigen Gefangenen ein Beschäftigungsangebot gemacht werden. Der Personalbestand der Einrichtung betrage derzeit 427 Bedienstete. Ange-

sichts der unterdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung könne er als gerade noch auskömmlich betrachtet werden, erläuterte die Anstaltsleiterin.

Spezielle Behandlungsangebote ausbauen

Strafgefangene weisen vermehrt spezifische Defizite auf, die spezielle Behandlungsangebote erforderlich machen. Hierauf hat die JVA Bielefeld-Senne in der Vergangenheit reagiert und nach und nach entsprechende Behandlungsangebote entwickelt und dabei die Möglichkeiten der Binnendifferenzierung optimal genutzt. **Kerstin Höltkemeyer-Schwick** verwies exemplarisch auf die Lebensälterenabteilung des Hafthauses Senne, in die viele Investitionen und viel Know-how geflossen seien. Derzeit bestehe für über 60-Jährige ein qualitativ hochwertiges Angebot, auf das man mit einigem Stolz blicke.

Die Jungtäterprojekte in den Außenstellen Verl und Clarholz seien ebenfalls gut aufgestellt. Hier könnten im Zusammenwirken mit externen Institutionen und Organisationen junge Straftäter optimal gefördert werden. Speziell der Ausgleich schulischer Defizite und die berufliche Qualifizierung gelinge immer besser. Daneben, so **Höltkemeyer-Schwick**, hätten sich die Außenstellen Rietberg, Westerwiehe und Brockhagen auf die Behandlung und Betreuung von Inhaftierten mit einer Suchtproblematik spezialisiert, während in der Außenstelle Steinhagen und dem Hafthaus Ummeln qualitativ hochwertige Angebote für weibliche Gefangene das Portfolio der Einrichtung komplettierten. Dieser eingeschlagene Weg, erläuterte die Anstaltsleiterin, werde sich auch künftig als zielführend erweisen, wenn es gelte, weitere Spezialisierungsangebote zu entwickeln und aufzulegen.



Von links: Heinrich Vedder (50 Jahre), Peter Schneider, Gabriele Westerheide und Sabine Alper (jeweils 40 Jahre) wurden durch den Vorsitzenden Ulrich Biermann (2. von rechts) mit Urkunde, Ehrennadel und einem Präsent für ihre langjährige BSBD-Zugehörigkeit ausgezeichnet. Herzlich zum Jubiläum gratulierten Hans Hovestadt (Mitte) und Antonius Beermann (ganz rechts).

Derzeit ist der Ortsverband mit einem Bestand von 441 Mitgliedern mitgliederstärkste Untergliederung des BSBD-Landesverbandes. Hieran haben die Ehemaligen mit 125 Personen erheblichen Anteil.

Die Pensionäre werden von den Kollegen **Antonius Beermann** (Herzebrock) und **Hans Hovestadt** (Bad Oeynhausen) bestens betreut. Kollege **Beermann** ließ noch einmal die Tagestouren und die viertägige Fahrt nach Schleswig-Holstein Revue passieren. Speziell die Holsteinische Schweiz rund um den Plöner See erwies sich als landschaftliches Kleinod. Die durch die letzte Eiszeit geprägte Kulturlandschaft war wie geschaffen zum Nachdenken und Entspannen. Bei einer ausgedehnten Schiffstour über den Plöner See hatten

die Teilnehmer ausgiebig Gelegenheit zum Austausch von gemeinsamen Erinnerungen und Informationen. Und auch der Besuch der JVA Neumünster vermittelte interessante Einblicke, wie Strafvollzug an der Küste aufgefasst und gestaltet wird.

Antonius Beermann machte abschließend auf die in 2018 geplante Fahrt in den Rheingau aufmerksam. Die Organisatoren seien bemüht, wieder ein attraktives Angebot zu entwickeln, damit kurzweilige und spannende Tage gemeinsam verlebt werden könnten.

Ehrung langjähriger Mitglieder

Dem Vorsitzenden **Ulrich Biermann** war es dann vorbehalten, **Heinrich Vedder** (Verl) für 50-jährige Mitgliedschaft im BSBD zu würdigen. Für 40-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit von **Sabine Alper** (Bielefeld), **Peter Schneider** (Bielefeld) und **Gabriele Westerheide** (Bielefeld) bedankte sich **Biermann**, indem er darauf verwies, dass sich die Jubilare nicht nur dem Zeitablauf und der Überweisung der Mitgliedsbeiträge gewidmet hätten. „Auf Euch konnten wir immer zählen, wenn solidarische Unterstützung gefordert war. Ihr seid das starke Fundament für eine gemeinsame Interessenvertretung und gebt damit unseren Nachwuchskräften ein gutes Beispiel für gelebte Gemeinschaft und Solidarität“, rief **Ulrich Biermann** der Versammlung zu. Anschließend überreichte er den Jubilaren Urkunde, Ehrennadel und ein kleines Präsent.

Oliver Buschmann



Die JVA Bielefeld-Senne strebt die weitere Spezialisierung auf Behandlungsschwerpunkte an.

BSBD-Fortbildungsveranstaltung:

Differentialdiagnostik aggressiven Verhaltens aus forensisch-psychiatrischer Sicht

Dem BSBD-Vertreter des psychologischen Dienstes, ORR Dierk Brunn, ist es gelungen, Frau Dr. Nahlah Saimeh als Referentin für eine Fortbildungsveranstaltung zu gewinnen. Die Referentin ist forensische Psychiaterin und seit 2004 Ärztliche Direktorin des Zentrums für Forensische Psychiatrie in Lippstadt. Aus dieser Funktion wird sie zum 1. Mai 2018 ausscheiden, um sich als forensische Psychiaterin selbständig machen. Als meinungsstarke Diskutant in Talkshows unterschiedlicher Medien hat Frau Dr. Saimeh bundesweite Bekanntheit erlangt.

Am 20. Juni 2018 wird Frau Dr. Saimeh zu der o.a. Thematik in der Zeit von 9.00 h bis 12.00 h im **dbb forum siebengebirge** in Königswinter referieren.

Die Veranstaltung richtet sich an die Psychologinnen und Psychologen des nordrhein-westfälischen Justizvollzuges. Für BSBD-Mitglieder, die vorrangig berücksichtigt werden, ist die Teilnahme **kostenlos, Reisekosten werden erstattet**. Von anderen Teilnehmerinnen oder Teilnehmern wird eine Pauschale in Höhe von 59 € erhoben. Reisekosten werden in diesen Fällen nicht gezahlt. Wegen der begrenzten räumlichen Kapazitäten stehen 25 Plätze für Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Verfügung. Während der Veranstaltung ist für das leibliche Wohl gesorgt. Nach Veranstaltungsende laden wir Sie zu einem gemeinsamen Mittagessen ein.

Bei entsprechendem Interesse könnte Kollege **Dierk Brunn** eine Besichtigung mit fachkundiger Führung des Schlosses Drachenburg anbieten.



Frau Dr. Nahlah Saimeh stellt sich für die Fortbildung im Strafvollzug zur Verfügung.

Foto: picture alliance/dpa

Das Schloss liegt etwas oberhalb der Mittelstation der Drachenfelsbahn. Es wurde 1882 durch den Bonner Börsenmakler und Bankier **Stephan Sarter** erbaut. In der Vorburg befindet sich seit 2002 das Museum für die Geschichte des Naturschutzes. Der Park der Burg ist als äußerst sehenswert in die Straße der Gartenkunst zwischen Rhein und Maas aufgenommen worden.

Geben Sie bitte bei der Anmeldung, die an den Kollegen **Dierk Brunn** Bielefelder Str. 78, 32756 Detmold, Tel.: 05231 / 614 – 170, Fax: 05231 / 614 – 190, zu richten ist, Ihren Besichtigungswunsch an.

Bei hoffentlich strahlendem Sonnenschein besteht anschließend noch die Möglichkeit, über den Vollzug im Allgemeinen und Speziellen, über Politik und gewerkschaftliche Möglichkeiten der Vertretung unserer spezifischen Interessen zu sprechen. *Dierk Brunn*

Einkommensrunde für Bund und Kommunen:

Arbeitgeberseite gefällt sich in Blockadehaltung

Zwei Verhandlungsrunden sind ohne Angebot verstrichen

Tarifverhandlungen laufen meist nach einem festen Ritual ab, von dem die öffentlichen Arbeitgeber offensichtlich auch in diesem Jahr nicht abweichen wollen. Die Gewerkschaftsforderungen mussten, kaum dass sie öffentlich geworden waren, als überzogen und unverhältnismäßig zurückgewiesen werden, obwohl die öffentlichen Kassen mehr als auskömmlich gefüllt sind. Die Arbeitgeberseite will auf diese Weise offenbar deutlich machen, dass sie nachdrücklich verhandelt und ihre Mitglieder vor vermeidbaren Personalausgaben bewahrt. Natürlich ist auch den öffentlichen Arbeitgebern klar, dass sich die Kolleginnen und Kollegen diesmal nicht mit einem Almosen abspesen lassen werden. Ein Angebot in den ersten beiden Verhandlungsrunden auf den Tisch zu legen, kam ihnen trotzdem nicht in den Sinn. Die Verhandlungen wurden folglich zweimal ergebnislos vertagt. Zuvor waren die unterschiedlichen Auffassungen der Tarifparteien jedoch hart aufeinandergeprallt.

Bundesvorsitzender **Ulrich Silberbach**, der die Tarifverhandlungen für den **DBB** gemeinsam mit Tarifvorstand **Volker Geyer** führt, zeigte sich enttäuscht über die Haltung der Arbeitgeberseite und erinnerte diese an ihre Verantwortung, den öffentlichen Dienst endlich wieder konkurrenz- und zukunftsfähig zu machen. Substanzloses Agieren, ohne ein Angebot zu formulieren und auf den Tisch zu legen, bringe unnötige Schärfe in die Verhandlungen. Die Arbeitgeberseite sei jetzt gefordert, ihre destruktive Haltung für die weiteren Verhandlungen zu überdenken.



Arbeitgeber wollen offenbar die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften testen

Thomas Böhle, Präsident der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), drohte unverhohlen mit Arbeitsplatzverlusten. Er machte darauf aufmerksam, dass einem Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen ein bis zu 11-prozentiges Lohn-Plus wenig nütze, wenn dessen Tätigkeit anschließend ausgegliedert oder privatisiert werde. Der Verhandlungsführer des Bundes hielt sich hingegen mit solch konfrontativen Aussagen merklich zurück. Dem Bund ist wohl

eher an einer schnellen Einigung gelegen. Einig waren sich die Arbeitgebervertreter allerdings in der Ablehnung der Gewerkschaftsforderungen, die sich einschließlich aller Nebenforderungen auf ein Gehaltsplus von durchschnittlich sieben Prozent summieren. Mit solch einer Forderung konfrontiert, sah sich die Arbeitgeberseite schnell finanziell überfordert.

Ihre Hauptforderung von **sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200 Euro**, wollen die Gewerkschaften in jedem Fall zumindest annähernd durchsetzen. Dabei orientieren sie sich an dem Abschluss im Metallbereich. Angesichts der hohen Einnahmenüberschüsse, die bei den Kommunen 9,8 Milliarden Euro und beim Bund 1,1 Milliarden Euro für das Jahr 2017 betragen, muss endlich auch für die Kolleginnen und Kollegen ein kräftiger „Schluck aus der Pulle“ drin sein.

Hoffnungen auf die zweite Verhandlungsrunde wurden enttäuscht

Obwohl die Gewerkschaften zwischen der ersten und der zweiten Runde im Tarifstreit Warnstreiks und Demonstrationen durchgeführt hatten, legten die



Nach den ersten Verhandlungsrunden in Potsdam vertagten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften ergebnislos. DBB-Vorsitzender Ulrich Silberbach zeigte sich angesichts dieser destruktiven Haltung der Arbeitgeberseite enttäuscht: „Es wurden bislang viele Chancen vertan!“

Arbeitgeber auch in Runde zwei erneut kein Angebot auf den Tisch. Vielmehr setzten sie ihre destruktive Verhandlungsstrategie fort. Die Gewerkschaftsseite wird jetzt weiter Druck aufbauen und schon einmal die Instrumente des Arbeitskampfes aus dem Arsenal holen müssen. Nach zahlreichen Warnstreiks und Demonstrationen in den verschiedenen Bundesländern haben **DBB** und **BSBD** zu einer Demonstration in Bonn aufgerufen. Ziel ist es, den Einigungsdruck spürbar zu erhöhen.

Bei Redaktionsschluss stand die dritte Verhandlungsrunde noch aus. Es ist nur zu hoffen, dass die Arbeitgeberseite die Konfrontation nicht auf die Spitze

treibt. Die Arbeitgeber wollen vor der Unterbreitung eines Angebotes offenbar sicher sein, die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften einschätzen zu können. Deshalb ist es wichtig, die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt in der Tarifaueinsetzung stehen, solidarisch zu unterstützen.

Auch der Strafvollzug muss im eigenen Interesse Flagge zeigen

Warum ist dies so wichtig, obwohl die Verhandlungen für die Landesbeschäftigten doch erst im kommenden Jahr auf der Tagesordnung stehen? Von besonderer Bedeutung sind die laufenden Tarifverhandlungen deshalb, weil ihnen eine nicht zu unterschätzende Signalwirkung beizumessen ist.

Gelingt es für den Bereich des Bundes und Kommunen nicht, einen hohen Tarifabschluss zu erreichen, haben wir im nächsten ebenfalls nicht die besten Karten. Es liegt also in unserem wohlverstandenen Interesse, mit den Kolleginnen und Kollegen solidarisch zu sein.

Darüber hinaus hat der öffentliche Dienst mit seinem überdurchschnittlich hohen Organisationsgrad auch eine

gesamtgesellschaftliche Verpflichtung den Hebel in Richtung „Einkommensverbesserungen für Arbeitnehmer“ umzulegen.

In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten haben Unternehmen und Unternehmer in hohem Maße von der Lohnzurückhaltung der abhängig Beschäftigten profitiert. Das Auseinanderdriften der Schere von Arm und Reich legt hiervon ein beredtes Zeugnis ab.

Jetzt ist es an der Zeit, die Binnenfrage durch hohe Tarifabschlüsse zu steigern, auch um die Abhängigkeit der Wirtschaft allein vom Export zu reduzieren. Die öffentlichen Kassen sind gut gefüllt. Wann, wenn nicht jetzt, ist



BSBD-Chef Peter Brock hat die Bediensteten des Strafvollzuges aufgerufen, die Kolleginnen und Kollegen von Bund und Kommunen in ihrem Tarifkonflikt solidarisch zu unterstützen.

die Zeit gekommen, die Grundlage für einen hohen Tarifabschluss im nächsten Jahr zu legen?

BSBD-Chef ruft dazu auf, den Unmut auf die Straße zu tragen

BSBD-Chef Peter Brock hält es für kurzichtig, wenn die Arbeitgeber einen möglichst niedrigen Abschluss feilschen. Ein vernünftiger, angemessener hoher Tarifabschluss müsste vielmehr in ihrem Interesse liegen. Bei derzeit bundesweit benötigten 200.000 Nachwuchskräften dürfte es ansonsten schwer bis unmöglich sein, junge Menschen in ausreichender Zahl für ein berufliches Engagement im öffentlichen Dienst zu interessieren.

Sollten die Arbeitgeber sich in neoliberaler Verblendung tatsächlich so hartleibig zeigen, wie sie es in den ersten Verhandlungsrunden angedeutet haben, dann wird es eines beträchtlichen Druckes bedürfen, um einen akzeptablen Tarifabschluss zu erzielen. Peter Brock hat die Strafvollzugsbediensteten deshalb aufgerufen, unsere Kolleginnen und Kollegen bei ihren Arbeitskampfmaßnahmen solidarisch zu unterstützen. „Hier sind wir Strafvollzugsbedienstete gefordert, uns im eigenen Interesse zu engagieren. Schließlich kommt dem Ergebnis für Bund und Kommunen auch vorentscheidende Bedeutung für die 2019 anstehenden Tarifverhandlungen für den Bereich der Länder zu. Kritik und Unverständnis nur im Kollegenkreis zu äußern, reicht nicht mehr aus. Es ist an der Zeit, Flagge zu zeigen. Der Unmut gehört auf die Straße“, rief Peter Brock zur Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen in Bund und Kommunen auf.

Friedhelm Sanker

Kriminalität in NRW sinkt!

Innenminister begrüßt Trendwende zum Besseren

Ist jetzt wieder alles gut im Bundesland Nordrhein-Westfalen ?

Als der neue Innenminister Herbert Reul (CDU) Mitte März 2018 die Kriminalitätsstatistik für 2017 vorlegte, hatte er allen Grund zur Freude. Und diese euphorische Stimmung hatte er ausgerechnet seinem Amtsvorgänger Ralf Jäger von der SPD zu verdanken. Jäger hatte 2017 den Entschluss gefasst, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren und speziell auch die Fakten über die Ausländerkriminalität auf den Tisch zu legen. Die damaligen Zahlen waren nach Einschätzung vieler Ministerialbeamter schockierend. Seit 2007 war die Ausländerkriminalität ständig im Steigen begriffen und erreichte im vergangenen Jahr absolute Spitzenwerte. Viele Verantwortliche befürchteten einen Aufschrei der Öffentlichkeit und eine Zunahme der Ausländerfeindlichkeit. In diesem Jahr erweist sich der Mut Jägers als willkommenes Geschenk für den jetzigen Innenminister.

Der Mut **Ralf Jägers**, die tatsächlichen Fakten 2017 zu offenbaren, ist allerdings gleichzeitig ein Beleg dafür, dass die Politik bis zu diesem Zeitpunkt zumindest erhebliche Bedenken hatte, den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einzuschenken. Dass, was die Menschen im Land im Alltag subjektiv bereits wahrnahmen, durch objektive Zahlen zu bestätigen, erschien vielen inoportun. Die Politik hielt den Souverän vermutlich für nicht reif genug, mit diesen Zahlen angemessen umzugehen und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Für den neuen Innenminister **Herbert Reul (CDU)** erweist sich die unverhoffte Informationsoffensive seines Amtsvorgängers jetzt als Glücksfall. Vor dem Hintergrund der Zahlen für 2016 nehmen sie die für 2017 erhobenen Daten schließlich ausnehmend positiv aus. Bei der Präsentation sprach der Minister folglich auch von einer Trendwende. Für die Menschen in Nordrhein-Westfalen bleibt zu hoffen, dass der Optimismus des Ministers durch die künftige Entwicklung bestätigt wird.

Straftaten gehen zurück

Die Kriminalität sank insgesamt von fast 1,5 Mio. Straftaten in 2016 auf jetzt 1,37 Millionen. Allein dieser Umstand ist erfreulich. Aber auch die Kriminalitätsbelastung von Ausländern und Flüchtlingen ist erstmals nach einem Jahrzehnt des permanenten Anstiegs rückläufig. Seit 2007 konnte die Zahl tatverdächtiger Ausländer in NRW nur eine Richtung: nach oben!

Der Anstieg wurde stets mit der vermehrten Zuwanderung begründet. In 2017 sind erstmals die absoluten Zahlen zurückgegangen, worauf die Politik kaum mehr zu hoffen gewagt hatte. Die Zahl der Tatverdächtigen ging von 177.779 in 2016 auf 146.954 in 2017 zurück. Der Anteil der Ausländer an allen Tatverdächtigen sank damit auf 32 Prozent. Das ist immer noch weit überproportional und besorgniserregend hoch. **Schließlich sind nur 12,4 Pro-**



Mit sichtbarer Genugtuung präsentiert Herbert Reul (CDU) die Kriminalitätsstatistik 2017 der Öffentlichkeit. Foto: wikipedia.de

zent aller Einwohner in NRW Ausländer. Bei 2,51 Millionen Nichtdeutschen wäre demnach etwa jeder 17. in NRW gemeldete Ausländer tatverdächtig. Diese Zahl muss allerdings vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass es angesichts offener Grenzen und fast uneingeschränkter Reisefreiheit eine große Zahl durchreisender ausländischer Straftäter gibt. Diese Zahl zu benennen, bereitet den Sicherheitsbehörden größte Probleme, so dass sie regelmäßig nur geschätzt werden kann.

2017 weniger Wohnungseinbrüche

In Nordrhein-Westfalen gehen Wohnungseinbrüche überwiegend auf das Konto von osteuropäischen Banden. Erschreckend waren bislang die hohen jährlichen Steigerungsquoten.

Hierzu hat sicher auch beigetragen, dass Wohnungseinbrüche lange nicht zu jenem Kriminalitätsbereich gehörten, der mit Priorität verfolgt und bekämpft wurde. Aufklärungsquoten von teilweise unter 10 Prozent waren nicht geeignet, Vertrauen zu schaffen.

Für das Sicherheitsgefühl der Menschen im Land hatte dies verheerende Wirkungen. Dies hat die Politik erkannt und mittlerweile umgesteuert. Es ist zu hoffen, dass der Rückgang der Fall-

zahlen auf dieser veränderten Form der Strafverfolgung beruht und die polizeiliche Strategie Wirksamkeit entfaltet. In 2017 wurde 39.057-mal in Wohnungen eingebrochen. Damit ging die Anzahl der Fälle um sage und schreibe 25,7 Prozent zurück.

Flüchtlingskriminalität rückläufig

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern konnte **Herbert Reul** für NRW berichten, dass der Anteil von Flüchtlingen und Asylbewerbern an der Kriminalitätsentwicklung rückläufig ist. Gab es 2016 noch 47.754 tatverdächtige Asylbewerber, Schutzbedürftige und Geduldete, waren es 2017 nur noch 39.696. Eine Erklärung für diese Entwicklung sieht Integrationsminister **Joachim Stamp (FDP)** in den Umständen, dass im letzten Jahr konsequenter abgeschoben worden sei und sich die Integrationsmaßnahmen und speziell die Unterbringung der Betroffenen nachhaltig verbessert hätten.

Der Anteil der Flüchtlinge an den Tatverdächtigen sank im vergangenen Jahr von 10 auf 8,7 Prozent. Diese Entwicklung ist erfreulich. Flüchtlinge sind aber immer noch deutlich überrepräsentiert bei der Kriminalitätsbelastung, weil sie mit rd. 370.000 Personen lediglich 2 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen. Dieses Phänomen wurde zwischenzeitlich mehrfach untersucht. Das „Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen“ führt als Gründe an, dass Flüchtlinge überproportional aus kriminalitätsbelasteten Gruppen stammen: sie sind jung, männlich und verfügen über keine finanziellen Mittel. In den meisten Ländern der Welt sind junge, mittellose Männer nun mal für einen Großteil der Straftaten, vor allem der Gewaltkriminalität verantwortlich, sind die Wissenschaftler überzeugt.

Gewalt- und Sexualstraftaten verweigern sich dem Trend

Weniger eindeutig waren die von Minister **Reul** vorgestellten Zahlen zur Entwicklung der Gewaltkriminalität. Diese

sank zwar ebenfalls um 4,2 Prozent auf 46.654 Fälle. Bei manchen Delikten aber wurde der Anstieg noch nicht gestoppt. So kam es 2017 zu 471 Straftaten gegen das Leben (Mord, Totschlag und fahrlässige Tötung), 2016 waren es nur 461.

Bei den Sexualstraftaten hat der neue Straftatbestand der sexuellen Belästigung dazu geführt, dass die Zahl der Delikte um 2510 auf 12.886 angestiegen ist. Und auch die sogenannten Rohheitsdelikte weisen eine leicht abnehmende Tendenz auf. So sank die Zahl der Körperverletzungen von 193.413 in 2016 auf 187.296 im vergangenen Jahr. Bei diesen Gewaltdelikten ging der Ausländer-Anteil zurück, bewegt sich aber immer noch auf einem hohen Niveau. In 2016 wurden 37,9 Prozent der Taten von Nichtdeutschen begangen, in 2017 waren es noch 36,2 Prozent.

Bei 12,4 Prozent der Gewaltdelikte stehen Asylbewerber und Geduldete im Verdacht, die Täter zu sein. Damit sind Ausländer und Flüchtlinge weiterhin überproportional oft in solche Vorfälle verwickelt.

Die Trendwende gibt Anlass zur Hoffnung

Innenminister **Herbert Reul** (CDU) bejahte die Frage eines Journalisten, ob NRW nachweisbar sicherer geworden sei. Er führte dies auch darauf zurück, dass die neue **schwarz-gelbe** Landesregierung im Bereich der Inneren Sicherheit eine Null-Toleranz-Politik umsetze, die mit der jetzt vorgelegten Kriminalitätsstatistik erstmals ihre Wirksamkeit nachweise.

Weil Ausländer immer noch stark überproportional an der Kriminalität im Land beteiligt seien, gebe es in Zukunft noch viel zu tun. Die verstärkte Bekämpfung der Kriminalität, die sich



Symbolfoto: rcfotostock/Fotolia.de

Wohnungseinbrüche sind Gift für das Sicherheitsempfinden der Menschen.

die neue Landesregierung auf die Fahnen geschrieben habe, werde weiter durch eine offene und transparente Informationspolitik seines Hauses begleitet. Dies halte er für alternativlos, weil man nur auf diese Weise das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger behalten könne, sagte Innenminister **Herbert Reul**.

Was bedeuten die rückläufigen Kriminalitätszahlen für die Menschen im Land

Zunächst einmal ist es positiv, dass der schon fast als naturgegeben betrachtete jährliche Kriminalitätsanstieg gestoppt worden ist. Daneben bleibe aber wahr, dass sich die Kriminalität lediglich auf einem hohen Niveau zu stabilisieren scheint. Gerade in den für das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger so immens wichtigen Bereichen der Massen-, Gewalt- und Sexualdelikte ist eine nachhaltige Besserung noch nicht in Sicht.

Aber gerade diese Delikte sind es doch, die das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum bestimmen und das Verhalten der schon länger hier Lebenden teilweise nachhaltig verändert haben. Dies führt ganz zwangsläufig zu einer Beeinträchtigung des Lebensgefühls. Deshalb wünschen sich viele Menschen in die Zeit vor 2015 zurück.

Wenn eine steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen auch in ländlichen Gebieten dazu führt, dass Menschen selbst bei einer kurzfristigen Abwesenheit ihre Wohnungen sichern müssen, während sie früher die Terrassentüren unverschlossen ließen, dann muss sich die Wohnbevölkerung an eine Entwicklung anpassen, die sie nicht gewollt haben. Und diese notwendigen Verhaltensänderungen haben einen belastenden Charakter, weil im unmittelbaren Wohnumfeld Vertrauen durch Misstrauen ersetzt werden muss, wenn man nicht zum Opfer werden will.

Noch gravierender sind die Einschränkungen für Frauen nach den Kölner Neujahrs-Ereignissen. Frauen können nach dieser Silvesternacht nicht mehr unbeschwert im öffentlichen Raum feiern, ohne ein Risiko befürchten zu müssen. Selbst wenn Events durch tausende von Bereitschaftspolizisten gesichert werden, wird sich ein unbeschwertes Lebensgefühl nicht wieder einstellen.

Für den neuen Innenminister bedeutet das, dass bei aller Freude über eine rückläufige Kriminalitätsentwicklung noch sehr viel Arbeit vor ihm liegt. Er muss durch die Bereitstellung des erforderlichen Personals und wohl auch die ein oder andere Gesetzesänderung eine Sicherheitsarchitektur für das Land schaffen, damit man in Nordrhein-Westfalen wieder gut und gerne leben kann.

Friedhelm Sanker



Auch zunehmende Messerattacken tragen nicht dazu bei, sich im öffentlichen Raum unbeschwert zu bewegen.
Symbolfoto: Gualtieri Boffi/Fotolia.de